



Dr. Martina Bunge
Mitglied des Deutschen Bundestages

Dr. Martina Bunge, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

10. Juni 2013:
Demonstration der Reichsbahnbeschäftigten
vor dem Bundeskanzleramt

Dr. Martina Bunge
Gesundheitspolitische Sprecherin
der Fraktion DIE LINKE
Sprecherin für ostdeutsche Rentenüberleitung

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus, Raum 4.814
Telefon: +49 30 227-70067
Fax: +49 30 227-76076
martina.bunge@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Am Schilde 7a
23966 Wismar
Telefon: +49 03841-3265993
Fax: +49 03841-3265994
martina.bunge@wk.bundestag.de
www.martina-bunge.de

Alterssicherung der ehemaligen Reichsbahnbeschäftigten: Bundesregierung sieht keinen Handlungsbedarf!

Frage von Dr. Martina Bunge, Fraktion DIE LINKE, am 29. Mai 2013
an die Bundesregierung:

Wann gedenkt die Bundesregierung dafür Sorge zu tragen, dass den Beschäftigten der ehemaligen Deutschen Reichsbahn die seit der Wiedervereinigung ausgesetzte Zahlung der Versorgungsleistung wieder gewährt wird, indem aus dem Eisenbahnneuordnungsgesetz vom 27.12.1993 (BGBl I S. 2378) insbesondere § 1 („Zusammenführung der Bundeseisenbahnen“) in Verbindung mit § 7 („Personalwesen“) umgesetzt wird bzw. auch im Sinne des Antrags der CDU/CSU aus dem Jahre 2000 ein „Einheitliches Versorgungsrecht für die Eisenbahner herstellen“ (Drucksache 14/2522) geeignete verordnungsrechtliche Maßnahmen gefunden werden, um damit die, auch von der CDU/CSU eingeforderte, Gleichbehandlung der Eisenbahner im wiedervereinigten Deutschland zu gewährleisten?

Antwort der Bundesregierung vom 4. Juni 2013:

Die Bundesregierung sieht in dieser Frage keinen Handlungsbedarf. Die durch das Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz – AAÜG erfolgte Überleitung der Sonder- und Zusatzversorgungssysteme in die gesetzliche Rentenversicherung wurde mehrfach gerichtlich bestätigt und wird von der Bundesregierung, ebenso wie von allen vorangegangenen Bundesregierungen, nicht in Frage gestellt.